

Der Stadtrat beauftragte in seiner Sitzung am 20.09.22 die Verwaltung, die Planungsleistung für den Ergänzungsbau im Bereich der Aula vorzubereiten und auszuschreiben (V/2022/654). Beschlossen wurde, vor der Entwurfsplanung den Bauausschuss und den Ausschuss für Schule und Soziales zu beteiligen. Der Bauausschuss beschloss in seiner Sitzung am 03.11.2022 die Ausschreibung des Ergänzungsbaus mit ca. 400 qm Fachräumen und zusätzlichen Verkehrs- und Nebenflächen durch einen Generalplaner (V/2022/694).

Die aktuelle Situation in der Baubranche ist durch stark gestiegene Energiepreise und Lieferengpässe in verschiedensten Gewerken geprägt. Das Risiko für zeitliche Verzögerungen bei der Abstimmung von Schnittstellen einzelner Gewerke liegt in Folge der bisher geplanten Vorgehensweise bei der Hansestadt. Die Hansestadt hat ein hohes Interesse an einer schnellen und unkomplizierten Realisierung des Ergänzungsbaus. Daher soll das Risiko auf ein **Generalunternehmen** verlagert werden, welches flexibler auf Lieferverzögerungen im Markt reagieren kann. Vorgeschlagen wird, dass Bauvorhaben aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen durch einen Generalunternehmer umzusetzen.

Auch die Ausführung an einen Generalunternehmer wird in Stufen vergeben. Zunächst wird ein Entwurf in den Ausschüssen präsentiert, bevor eine Weiterbeauftragung folgt. Jedoch ist für den Beginn des Vergabeverfahrens eine sichergestellte Finanzierung erforderlich.

In der Beschlussvorlage V/2022/654 vom 20.09.2022 wurden für ca. 400 qm Fachraumflächen ca. 1.640.000 € ermittelt zzgl. Verkehrs- und Nebenflächen. Für Verkehrs- und Nebenflächen und die Gestaltung bzw. Angleichung der angrenzenden, befestigten Flächen werden ca. 455.000 € zu Grunde gelegt. Somit entstehen Bau – und Planungskosten von insgesamt ca. 2.095.000 € (1.640.000 € plus 455.000 €).

Bisher sind für die Ausschreibung der Planungsleistungen Mittel in Höhe von 375.500 € im Haushaltsjahr 2022 berücksichtigt. Die im laufenden Haushaltsjahr bereitgestellten Mittel für die Planungsleistungen in Höhe von 375.500 € werden im Haushaltsjahr 2023 neu veranschlagt. Die Bau- und Planungskosten sind für den Haushalt 2023 angemeldet. Der Haushalt wird voraussichtlich in der Sitzung am 28.02.23 beschlossen und dem Oberbergischen Kreis zur Genehmigung vorgelegt.

Um das Vergabeverfahren vorher anzustoßen, ist Voraussetzung, den Finanzbedarf bereits im Haushalt sicherzustellen. Im Haushaltsplan 2022 stehen Verpflichtungsermächtigungen für die Maßnahme 5100316 Konrad-Adenauer-Hauptschule zur Verfügung. Diese werden zur Sicherstellung der Finanzierung zu Beginn des Vergabeverfahrens bereitgestellt.

Eine erneute Beteiligung des Bauausschusses zu der Verfahrensänderung ist im Sitzungsablauf nicht möglich. Im Ausschuss für Schule und Soziales soll hilfsweise eine Vorberatung erfolgen und die Entscheidung durch den Stadtrat am 13.12.22 getroffen werden.